
1243/AB XXII. GP

Eingelangt am 11.02.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bundeskanzler

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Maier und GenossInnen haben am 10. Dezember 2003 unter der Nr. 1237/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Konsultationsmechanismus - Praxis in der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

In der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode wurde bisher bei 80 Vorhaben (Gesetzesentwürfen, Regierungsvorlagen und Verordnungsentwürfen) des Bundes die Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium verlangt. Die mehr als 160 Verlangen - zum Teil langten zu einem Vorhaben mehrere Verlangen ein - wurden sowohl von einzelnen Ländern als auch vom Österreichischen Städtebund und vom Österreichischen Gemeindebund gestellt.

Der beiliegenden Liste ist - neben den Anlaßfällen - im Einzelnen zu entnehmen, in welchen Fällen und von wem jeweils die Auslösung des Konsultationsmechanismus verlangt wurde.

Zu den Fragen 3 bis 6:

Das Konsultationsgremium wurde in der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode noch nicht einberufen.

Die beim Bundeskanzleramt eingegangenen Verlangen wurden stets unverzüglich dem jeweils fachlich zuständigen Bundesministerium sowie dem Bundesministerium für Finanzen zur Stellungnahme weitergeleitet.

In über 30 Fällen wurden die Verlangen in der Folge ausdrücklich zurückgezogen. Mehrere Male erwiesen sie sich als unzulässig, weil sie nicht fristgerecht gestellt worden waren oder weil einer der Ausnahmetatbestände des Art. 6 Abs. 1 der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus vorlag.

In den meisten Fällen haben die Verlangen nach Aufnahme von Verhandlungen allerdings dazu geführt, daß den Bedenken der gegenbeteiligten Gebietskörperschaften inhaltlich Rechnung getragen wurde, sei es durch die gänzliche Abstandnahme vom Vorhaben, sei es - gegebenenfalls nach der Durchführung eines neuerlichen Begutachtungsverfahrens - durch die Änderung oder den Entfall einzelner Bestimmungen. Dadurch scheint der Zweck der Vereinbarung über den Konsultationsmechanismus - auf einem unbürokratischen und kostensparenden Weg - jedenfalls erreicht worden zu sein.

Im Übrigen ist bei einzelnen dringlichen Vorhaben der Gesetzesbeschluß des Nationalrates der Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium zeitlich zuvor gekommen. In diesen Fällen erschien es - unbeschadet der Information des Präsidenten des Nationalrates von der Auslösung des Konsultationsmechanismus - unter Abwägung aller Umstände nicht tunlich, die parlamentarische Behandlung aufzuschieben.

Eine nach den einzelnen Vorhaben aufgeschlüsselte Zusammenstellung der wesentlichen Ergebnisse des Konsultationsmechanismus kann der beiliegenden Liste entnommen werden.

Zu den Fragen 7 bis 9:

Zur Durchsetzung bereits fälliger vermögensrechtlicher Ansprüche steht den Ländern grundsätzlich die Klage nach Art. 137 B-VG offen. Zur Feststellung der Nichterfüllung von nicht vermögensrechtlichen Verpflichtungen aus der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus kann ein Antrag gemäß Art. 138a Abs. 1 B-VG gestellt werden. Bisher haben die Länder von diesen Möglichkeiten allerdings keinen Gebrauch gemacht.

Gemäß Art. 4 Abs. 2 der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus sind im Übrigen dann, wenn ein Einvernehmen im Konsultationsgremium nicht erzielt wird oder wenn Empfehlungen des Konsultationsgremiums nicht abgewartet werden, nur tatsächlich entstandene zusätzliche finanzielle Ausgaben über Prüfung durch die jeweiligen Vertragspartner zu ersetzen, soweit sie einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Vollziehung entsprechen. Diese Kriterien werden - bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für eine Verpflichtung zum Ausgabenersatz - allenfalls bei den Verhandlungen über den nächsten Finanzausgleich zu prüfen sein. Inwieweit zusätzliche finanzielle Ausgaben der Länder und Gemeinden im Ergebnis tatsächlich zu berücksichtigen sein werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Für die laufende Finanzausgleichsperiode gilt, daß mit dem Finanzausgleichsgesetz 2001 - FAG 2001 (allfällige) Kostenersatzpflichten des Bundes bei folgenden rechtsetzenden Maßnahmen abgegolten werden:

- Budgetbegleitgesetz 2001 (vgl. § 27 Abs. 6 Z 1 FAG 2001);
- Bundesgesetz, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobilien-gesetz) und mit dem das Bundesministeriengesetz 1986 sowie das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1997 geändert werden (vgl. § 27 Abs. 6 Z 2 FAG 2001);
- Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1991 sowie das Volkszählungsgesetz 1980 geändert werden (vgl. § 27 Abs. 6 Z 3 FAG 2001).

Zu den Fragen 10 bis 12:

Die Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus hat einerseits seit ihrem Inkraft-Treten zu einem höheren Maß an Kostenbewußtsein und Kostentransparenz bei den rechtsetzenden Vorhaben von Bund und Ländern geführt und trägt damit wesentlich zu einem sparsamen Staat bei. Andererseits bedeutet sie einen wichtigen Schritt in Richtung Vertiefung und Verfestigung der Kooperation und Verhandlungskultur im Bundesstaat. Schon aus diesen Gründen sind die Erfahrungen mit dem Konsultationsmechanismus aus der Sicht des Bundes positiv zu beurteilen.

Einzelne Verbesserungsmöglichkeiten könnten insbesondere bei der praktischen Durchführung der Kostenberechnung bestehen; allerdings sind gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahren bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden.

Vorwürfe, daß der Bund seinen Verpflichtungen aus dem Konsultationsmechanismus unzureichend nachkomme, sind schwerlich nachvollziehbar. Sämtliche der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus unterliegenden Vorhaben des Bundes werden den gegenbeteiligten Gebietskörperschaften mit einer Darstellung der finanziellen Auswirkungen übermittelt. Zur Behandlung der einzelnen Verlangen nach Auslösung des Konsultationsmechanismus und den in einer Vielzahl von Fällen für alle Seiten zufriedenstellenden Ergebnissen ist auf die obigen Ausführungen zu den Fragen 3 bis 6 zu verweisen.

Anlage

ANLAGEzu den Fragen 3 bis 6
Seite 1 von 10

**Verlangen auf Aufnahme von Verhandlungen im Konsultationsgremium
gemäß der Vereinbarung über einen Konsultationsmechanismus, BGBl. I Nr. 35/1999**
Übersicht
Stand Jänner 2004

Lfd Nr	Geschäftszahl	Gegenstand	Auslöser	Anm.
	603.366/007-V/1/2003	Entw. Produktsicherheitsgesetz	Vorarlberg 3.12.2003	Schreiben des BMSSG: Überarbeitung des Entw. in Aussicht genommen
	603.910/002-V/1/2003	RV 252 d.B. XXII. GP E-Government-Gesetz	Salzburg 4.11.2003	
	600.025/026-V/1/2003	RV 311 d.B. XXII. GP Bundesbahnstrukturgesetz	Kärnten 20.11.2003	Gesetzesbeschluss des NR 4.12.2003
	600.025/013-V/1/2003	Entw. Bundesbahnstrukturgesetz	Kärnten 31.10.2003	Gesetzesbeschluss des NR 4.12.2003
	601.262/001-V/1/2003	RV 202 BgNR 22. GP BG, mit dem im Konsumentenschutzgesetz Bestimmungen über den Heimvertrag eingeführt werden (Heimvertragsgesetz - HVerG)	Gemeindebund 22.8.2003 Salzburg 26.8.2003	
	600.938/037-V/1/2003 600.938/040-V/1/2003	RV 120 d.B. XXII. GP AsylG-Novelle 2003	Oberösterreich 20.6.2003 Niederösterreich 18.6.2003	Gesetzesbeschluss des NR 23.10.2003 BGBl. I Nr. 101/2003
	601.691/007-V/1/2003	Änderung d. Katastrophenfondsgesetzes 1996 im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2003	Niederösterreich 25.4.2003	Schreiben des BMF: Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 3 kommt zur Anwendung
	603.722/016-V/1/2003 603.722/017-V/1/2003 603.722/018-V/1/2003 603.722/019-V/1/2003 603.722/020-V/1/2003	Entw. u RV 59 d.B. XXII. GP Budgetbegleitgesetz 2003	Salzburg 25.4.2003 Wien 25.4.2003 (8.5. RV) Kärnten 28.4.2003 (19.5. RV) Burgenland 8.5.2003 (RV) Städtebund 8.5.2003 (RV) Gemeindebund 9.5.2003 (RV) Vorarlberg 12.5.2003 (RV) Salzburg 12.5.2003 (RV) Steiermark 14.5.	Gesetzesbeschluss des NR 11.6.2003 BGBl. I Nr. 71/2003

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 2 von 10

600.067/007-V/1/2003 600.067/013-V/1/2003 600.067/024-V/1/2003	Wasserrechtsgesetznovelle 2003	Vorarlberg 22.4.2003 Kärnten 5.5.2003 Tirol 7.5.2003 Salzburg 9.5.2003; NÖ:	Tirol zurückgezogen
602.228/001-V/1/2003	Entw. Bundesfinanzierungsgesetz	Salzburg 25.4.2003	
602.761/011-V/A/8/2003	Entw. eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundeshaushaltsgesetz geändert wird	Salzburg 25.4.2003	
602.025/004-V/1/2003	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesbahngesetz, das ASFINAG-Gesetz und das Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz geändert werden	Salzburg 25.4.2003	
603.337/003-V/1/2003	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Attilastensanierungsgesetz geändert wird	Kärnten 28.4.2003	
600.725/002-V/1/2003 600.725/003-V/1/2003	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten geändert wird	Kärnten 14.3.2003 Salzburg 11.3.2003	Antwort BMGF: Überarbeitung des Entwurfes + neuerliche Begutachtung in Aussicht genommen
600.682/003-V/1/2003	Verordnung des Bundesministers für soziale Sicherheit und Generationen über empfohlene Impfungen 2003	Niederösterreich 20.2.2003	Schreiben BMSG: Verhandlungen auf Beamtenebene in Aussicht genommen; Schreiben BMGF (OZ 6): zurückgezogen (OZ 7/03)
600.440/004-V/1/2003	Bundesgesetz über die Errichtung einer Verkehrssicherheitsbehörde	Kärnten 7.1.2003 Vorarlberg 8.1.2003	neuerliche Begutachtung in Aussicht genommen
600.619/024-V/A/5/2002 600.619/029-V/1/2002 600.619/037-V/1/2002	Verordnung über eine Verringerung des Schwefelgehaltes bestimmter flüssiger Brennstoffe	Tirol 4.10.2002; Vorarlberg 10.10.2002 Salzburg 15.10.2002	Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 1 ist strittig; neuerliche Ausserung auf Grund tiefgreifender Veränderungen in Aussicht genommen
602.087/009-V/1/2002	Hauptbahn-Erklärungsverordnung	Kärnten 24.7.2002	Verlangen nicht fristgerecht eingelangt

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 3 von 10

602.474/010-V/1/2002 602.474/014-V/1/2002 602.474/015-V/1/2002	Strafrechtsänderungsgesetz 2002 RV 1166	Salzburg 18.6.2002 Niederösterreich 18.6.2002	Gesetzesbeschluss des NR 10.7.2002 (BGBl. I Nr. 134/2002); Salzburg zurückgezogen; inhaltlich wurde den Bedenken Rechnung getragen
603.547/013-V/1/2002; 603.547/016-V/1/2002	Fremdengesetz-Novelle 2002	Salzburg 16.4.2002 Wien 29.3.2002	Gesetzesbeschluss des NR 9.7.2002 (BGBl. I Nr. 126/2002)
600.440/014-V/1/2002	Entw. Bundesstraßen-Mautgesetz 2002	Kärnten 25.3.2002 Niederösterreich 22.3.2002 Vorarlberg 27.3.2002	alle zurückgezogen
601.598/009-V/1/2002	Sicherheitspolizeigesetz-Novelle 2002 (RV 1138 d.B. XXI. GP)	Städtebund 31.5.2002	Gesetzesbeschluss des NR 12.6.2002 (BGBl. I Nr. 104/2002)
603.683/007-V/1/2002 603.683/008-V/1/2002 603.683/013-V/1/2002 603.683/014-V/1/2002	Tiergesundheitsdienst-Verordnung	Niederösterreich 17.5.2002 sowie 16.8.2002 Salzburg 23.5.2002 sowie 16.8.2002	alle zurückgezogen
601.408/003-V/1/2002 601.408/009-V/1/2002	Universitätsgesetz 2002; RV 1134 d.B. XXI. GP	Steiermark 3.6.2002 Tirol 24.5.2002 Wien 5.4.2002	Gesetzesbeschluss des NR 11.7.2002 (BGBl. I Nr. 120/2002)
600.525/006-V/1/2002	Abgabenänderungsgesetz 2002	Gemeindebund 11.3.2002	Fällt überwiegend nicht in den Anwendungsbereich der Vereinbarung (Art 6 Abs. 1 Z 3) (OZ 20/02)
600.722/010-V/1/2002	21. KFG-Novelle, RV 1032 d.B. XXI. GP	Gemeindebund 11.3.2002	Gesetzesbeschluss 17.4.2002 (BGBl. I Nr. 80/2002); umstrittene Bestimmung wurde gestrichen
602.944/001-V/1/2002	Entwurf eines Bundesgesetzes über Vereine (Vereinsgesetz 2002 – VerG)	Steiermark „behält sich allfällige Schritte nach dem Konsultationsmechanismus vor“ 28.2.2002	Gesetzesbeschluss des NR 20.3.2002 (BGBl. I Nr. 66/2002)
600.858/006-V/1/2002	RV 984 d.B. XXI. GP (Abfallwirt- schaftsgesetz 2002 - AWG 2002)	Vorarlberg 8.2.2002	zurückgezogen 26.2.2002

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 4 von 10

603.722/005-V/1/2002	RV 977 d.B. XXI. GP (Konjunkturbelebungs-gesetz 2002)	Burgenland 5.2.2002	II Stellungnahme des BMWA liegen die Mehrausgaben unter der Bagetellgrenze; Gesetzesbeschluss des NR 20.3.2002 (BGBl. I Nr. 68/2002)
600.440/005-V/1/2002	Entwurf eines Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes	Kärnten 17.1.2002	im Hinblick auf die Einbringung als Initiativantrag (599/A) gegenstandslos;
603.312/001-V/2/2002	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Düngemittelgesetz 1994 geändert wird	Niederösterreich 21.12.2001	Lt. Stellungnahme BMLFUW keine Mehrausgaben, da Vollziehung in unmittelbarer Bundesverwaltung;
602.761/020-V/1/2001	Entwurf einer Verordnung des BMF über die Statistik der Geburten im öffentlichen Sektor (Geburtenstatistik-Verordnung)	Niederösterreich 29.11.2001	neuerliche Begutachtung
600.858/13-V/1/2001	Entwurf eines Bundesgesetzes über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (AWG 2002)	Vorarlberg 14.11.2001 Tirol 16.11.2001 Kärnten 27.11.2001	Tirol und Kärnten verspätet Vorarlberg zurückgezogen
603.887/11-V/1/2001	Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes über die Dokumentation im Bildungswesen	Städtebund 12.11.2001	keine abweichende (neue Kosten verursachende) RV Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2001 (BGBl. I Nr. 12/2002)
603.887/4-V/1/2001	Entwurf eines Bundesgesetzes über die Dokumentation im Bildungswesen (Bildungsdokumentationsgesetz)	Niederösterreich 16.8.2001 (bedingt) Gemeindebund 28.10.2001	Niederösterreich: Bedingung nicht eingetreten Gemeindebund: verspätet
600.001/2-V/1/2001	Regierungsvorlage eines Abgabenänderungsgesetzes 2001 (RV 827 d.B. XXI. GP)	Gemeindebund 6.11.2001	Antrag verspätet, Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 3 der Vereinbarung; Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2001 (BGBl. I Nr. 144/2001)
602.380/35-V/1/2001 602.380/37-V/1/2001	RV zum Verwaltungsreformgesetz (772 d.B. XXI. GP)	Städtebund hält sein Verlangen aufrecht; Wien 16.10.2001	Gesetzesbeschluss des NR 21.11.2001 (BGBl. I Nr. 65/2002)
602.380/29-V/1/2001	Entwurf eines Verwaltungsreformgesetzes 2001	Städtebund 30.8.2001 Wien 4.9.2001	

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 5 von 10

603.683/5-V/1/2001	Entwurf einer Verordnung des BMsSG über ein Untersuchungsprogramm zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhöe und der Mucosal Disease bei Rindern (BVD-Verordnung)	Niederösterreich 30.8.2001 Oberösterreich 31.8.2001 Salzburg 3.9.2001 Steiermark 29.8.2001 Gemeindebund 29.8.2001	VO überarbeitet; neuerliche Übermittlung
600.842/10-V/1/2001	RV (744 d.B. XXI. GP) Ernährungssicherheitsgesetz	Steiermark 25.7.2001 (Verlangen auch schon zum Ministerialentwurf)	Beschlussfassung im NR erst nach Einigung über die Kostenfrage geplant; Gesetzesbeschluss des NR 27.2.2002 (BGBl. I Nr. 63/2002)
600.067/17-V/1/2001	Regierungsvorlage (642 d.B. XXI. GP) (Agrarrechtsänderungsgesetz 2001)	Vorarlberg 15.6.2001 Salzburg 19.6.2001	Gesetzesbeschluss des NR 5.7.2001 (BGBl. I Nr. 109/2001)
600.067/7-V/1/2001	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird	Kärnten 18.5.2001 Niederösterreich 18.5.2001 Oberösterreich 18.5.2001 Salzburg 28.5.2001 Tirol 29.5.2001 Vorarlberg 31.5.2001	Kärnten, Oberösterreich und Tirol zurückgezogen; Stellungnahme BMLFUW;
601.691/1-V/1/2001 600.478/1-V/1/2001	RV Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 und das Bundesfinanzgesetz 2001 (587 d.B. XXI. GP), die Vollzugsanweisung betr die Verwertung von Gegenständen animalischer Herkunft in Tierkörperverwertungsanstalten (585 d.B.), das Fleischuntersuchungsgesetz (586 d.B.) und das Tiermehl-Gesetz (584 d.B.) geändert werden	Burgenland 15.5.2001 Kärnten 16.5.2001, Salzburg 16.5.2001	K1RV, Info HBK sowie PräsNR 29.5.2001; Stellungnahme BMF (OZ 3/01): Art. 6 Abs. 1 Z 3 der Vereinbarung ist anwendbar; Burgenland und Salzburg zurückgezogen (OZ 4 und 5/01); Gesetzesbeschluss des NR 6.6.2001 (BGBl. I Nr. 71/2001 - KatastrophenfondsG)
600.849/10-V/2/2001	Entwurf einer Verordnung des BMLFUW über besondere Marktstützungsmaßnahmen im Rindfleischsektor	Kärnten 14.5.2001	VO nicht erlassen
601.832/009-V/1/5/2001	Entw. eines Bundesgesetzes, mit dem das Gefahrengutbeförderungsgesetz sowie das Schieß- und Sprengmittelgesetz geändert werden (GGBG-Novelle 2001)	Salzburg 29.3.2001	
600.907/5-V/1/2001	Regierungsvorlage (489 d.B. XXI. GP) Passgesetz-Novelle 2001	Gemeindebund 7.3.2001 Städtebund 6.3.2001	Besprechung im BMI am 13.3.2001; alle zurückgezogen

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 6 von 10

601.226/003-V/1/2001	Entwurf einer Änderung der Straßenverkehrsordnung 1960 (in Vorbereitung des Budgetbegleitgesetzes 2002)	Kärnten 27.2.2001 Niederösterreich 14.2.2001 Oberösterreich 1.3.2001 Wien 23.2.2001 Städtebund 2.3.2001	Vorhaben wird laut BMVIT nicht weiter verfolgt
601.226/022-V/1/2001	RV, Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung geändert wird (21. StVO-Novelle)	Salzburg 18.6.2001	Behandlung der RV zum Zeitpunkt des Einlanges des Antrages im NR bereits auf der Tagesordnung; kein Gesetzesbeschluss
601.635/2-V/1/01	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundespflegegeldgesetz (BPGG) geändert wird	Niederösterreich 27.3.2001 Salzburg 28.3.2001	Stellungnahme BMSG; Salzburg zurückgezogen; Gesetzesbeschluss des NR 6.6.2001 (BGBl. I Nr. 69/2001)
600.440/4-V/1/2001	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird	Wien 1.3.2001 Gemeindebund 20.2.2001 Städtebund 21.2.2001	Stellungnahme BMVIT d
660.102/2-V/1/2001	Entwurf eines BG, mit dem das BGBIG 1996 geändert wird; + RV eines Budgetbegleitgesetzes 2002 (499 d.B. XXI. GP)	Niederösterreich 20.2.2001 Niederösterreich 7.3.2001	Verständigung Niederösterreich 30.3.2001, Entfall der das Verlangen auslösenden Bestimmung des § 7 Abs. 3 BGBIG
[600.076/8-V/1/2001	Verordnung des BMSG über die Ausnahmen von der Einhebung des Behandlungsbeitrages-Ambulanz	Niederösterreich 26.2.2001 (Geltendmachung von Ersatzansprüchen)	Verordnung am 9.3.2001 kundgemacht BGBl. II Nr. 120/2001 Stellungnahme BMF OZ 13/01
602.474/5-V/1/2001 602.474/008-V/1/2001	Regierungsvorlage (487 d.B. XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Strafvollzugsgesetz geändert werden	Kärnten 6.3.2001, Niederösterreich 2.3.2001 Salzburg 5.3.2001, Vorarlberg 6.3.2001	
602.474/1-V/1/2001	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Strafvollzugsgesetz geändert werden	Niederösterreich 2.2.2001 Tirol 2.2.2001	Stn BMJ
603.868/0-V/1/01	Regierungsvorlage (422 d.B. XXI. GP) Gewährleistungsrechts-Änderungsgesetz	Gemeindebund 8.1.2001	Ausnahmebestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 2 der Vereinbarung kommt zur Anwendung

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 7 von 10

600.852/0-V/1/2001	Regierungsvorlage (424 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Meldegesetz 1991, das Volkszählungsgesetz 1980 und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden	Städtebund 29.12.2000 Vorarlberg 5.1.2001	Kostensatzpflicht des Bundes durch Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3 abgegolten (§ 27 Abs. 6 Z 3 FAG 2001); Gesetzesbeschluss des NR 1.3.2001 (BGBl. I Nr. 28/2001);
600.852/2-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Meldegesetz 1991 und das Volkszählungsgesetz 1980 geändert werden	Wien 11.8.2000 Städtebund 11.8.2000	Stn BMI: Verhandlungen auf Beamtenenebene; Städtebund zurückgezogen (OZ 10/00); (siehe auch RV 424)
600.725/13-V/1/00	Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Krankenanstaltengesetz, das Bundesgesetz über die Dokumentation im Gesundheitswesen, das ASVG, das GSVG, das B-SVG, das B-KUVG und das Sozialversicherungs-Ergänzungsgesetz geändert werden	Slbg 13.12.2000	Gesetzesbeschluss des NR: 14.12.
601.226/13-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 geändert wird (21. StVO-Novelle)	Krnt 12/2000	
602.020/5-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über Ausbildung, Tätigkeit und Beruf der Sanitäter (Sanitätergesetz) erlassen wird und das Bundesgesetz über die Regelung des medizinisch-technischen Fachdienstes und der Sanitätshilfedienste, das Ausbildungsvorbehaltsgesetz und das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz geändert werden	Städtebd, StmkWien, Gdbd 23/24.11;	Gespräche ab Jän. 01; alle zurückgezogen BGBl. I Nr. 30/2002
602.740/7-V/1/00	Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz-Luft, IG-L) geändert und das Smogalarmgesetz aufgehoben wird	Tir 6.12.;	BMLFUW führte Gespräche; zurückgezogen

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 8 von 10

602.740/9-V/1/00	Entwurf einer Verordnung über Inhalt und Umfang der Emissionskataster (Emissionskatasterverordnung)	OÖ verspätet [Tir: nicht beschlussreif]	BMLFUW führt Gespräche; Entwurf soll 2.x verschickt werden
603.732/8-V/1/00	Regierungsvorlage (352 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes über begleitende Regelungen zur EMAS-V II (Umweltmanagementgesetz)	NÖ, OÖ, Slbg, Tir, VlbG 11/2000 Wien nachträgl. Verlangen; NÖ, VlbG, OÖ zurückgezogen	BMLFUW führt Gespräche; BGBl. I Nr. 96/2001
602.761/15-V/1/00	Entwurf einer Verordnung (BMF) über Vergütungen für Leistungen zwischen Organen des Bundes und über Entgelte für Leistungen von Organen des Bundes gegenüber Dritten (Leistungabgeltungs-Verordnung – LA-V)	NÖ 10/2000	BGBl. II Nr. 388/2000
601.648/16-V/1/00	Regierungsvorlage (338 d.B. XXI.GP) eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986) geändert wird (ZDG-Novelle 2001)	Slbg 31.10.2000;	zurückgezogen; Gesetzesbeschluss des NR 22.11.2000
601.648/11-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Zivildienst (Zivildienstgesetz 1986) geändert wird (ZDG-Novelle 2001)	OÖ, Slbg, Tir 10/2000	alle zurückgezogen;
603.722/30-V/1/00	Regierungsvorlage (311 d.B. XXI.GP) Budgetbegleitgesetz 2001 [6. Teil – AVG, KarenzgeidG; 8. Teil – ASVG; 11. Teil – ASFINAG-G, BundesstraßenG; alle Verlangen richten sich zumindest gegen den 6. Teil]	NÖ [+8.&11.T], Slbg [+11.T.], Tir [+8.T.], Wien, Städtebd; 25/31.10.2000	§ 27/6 Z1 FAG
602.685/1-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das ASFINAG-Gesetz und das Bundesstraßengesetz 1971 geändert werden (=11. Teil des Budgetbegleitgesetzes 2001)	Slbg 11.10.2000	BGBl. I Nr. 142/2000

ANLAGE B
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 9 von 10

600.066/3-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Karenzgeldgesetz, das Sonderunterstützungsgesetz und das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz geändert werden (=6. Teil des Budgetbegleitgesetzes 2001)	NÖ, OÖ, Slbg, Tir, Wien, Städtebd, Gdebd 10/2000	OÖ zurückgezogen
603.536/16-V/1/00	Regierungsvorlage (298 BlgNR XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem die Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes neu organisiert sowie über Bundesvermögen verfügt wird (Bundesimmobiliengesetz) und mit dem das Bundesministerienengesetz 1986 sowie das ASFINAG-Ermächtigungsgesetz 1986 geändert wird	NÖ, Slbg 5./6. 10. 2000	siehe § 27/6 ZZ FAG
603.536/2-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes über die Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung des Bundes, einschließlich der Verfügung über Bundesvermögen und der Änderung des Bundesministeriengesetzes 1986 - Bundesimmobiliengesetz	Kmt, NÖ, Slbg 8/2000	BGBI. I Nr. 141/2000
601.832/4-V/1/00	Entwurf einer Verordnung (BMVIT) über Beschränkungen für Beförderungseinheiten mit gefährlichen Gütern beim Befahren von Autobahntunneln	Kmt 8/2000	neuerliche Übersendung
600.478/1-V/1/00	Entwürfe einer TSE-Tiermaterial-Beseitigungsverordnung und von Verordnungen, mit denen die Fleischuntersuchungsverordnung und die Frischfleisch-Hygieneverordnung geändert werden	NÖ 9/2000	laut BMsSG zwingende Umsetzung der E d Komm v 29.6.2000, 2000 / 418 / EG BGBI II Nr 330/2000

ANLAGE
zu den Fragen 3 bis 6
Seite 10 von 10

602.262/8-V/1/00	Entwurf einer Verordnung, mit der die Lehrpläne für Berufsschulen geändert werden; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht an diesen Schulen	NÖ 8/2000	BGBI II 334/2001
603.858/4-V/1/00	Änderung der Regierungsvorlage (66 d.B. XXI. GP) eines Bundesgesetzes, mit dem Neuregelungen auf dem Gebiet der Erdgaswirtschaft erlassen werden (Gaswirtschaftsgesetz – GWG), das Bundesgesetz beir den stufenweisen Übergang zu der im Gaswirtschaftsgesetz vorgesehenen Marktorganisation erlassen wird und das Preisgesetz 1992, die Gewerbeordnung 1994, das Rohrleitungsgesetz, das Reichshaftpflichtgesetz sowie das Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz geändert werden (Energieberalisierungsgesetz)	NÖ, Slbg, Tir 26.6.2000	Gesetzesbeschluss des NR: 7.7.2000
600.858/17-V/1/00	Entwurf einer Verordnung (BMLFUW) betreffend Qualitätsanforderungen an Kompost aus Abfällen	Niederösterreich 26.6.2000, Vorarlberg 26.6.2000	Stn BMLFUW - wird neuerlich iRd KonSM übermittelt; BGBI. II Nr. 292/2001
600.559/1-V/1/00	Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird	Slbg, Tir 2./5.5.2000	
603.722/8-V/1/00	Regierungsvorlage eines Budgetbegleitgesetzes 2000 [§ 15 VSStG]	Städtebd 30.3.2000	BGBI I Nr 26/2000
600.241/2-V/1/00	Entwurf einer Gewinnungsbetriebsplanverordnung (BMwA)	Slbg 17.1.2000	nicht erlassen bis zur Klarheit über Änderung des MinroG